

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort



Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 302/2020
Kiel, Freitag, 25. September 2020

Bildung/ Ganztagschule

Anita Klahn zu TOP 31 „Ganztagsangebote weiterentwickeln“

In ihrer Rede zu TOP 31 (Ganztagsangebote weiterentwickeln – Echte Ganztagschule) erklärt die stellvertretende Vorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Anita Klahn:

„Die Debatte um Ganztagschulen ist auch eine Debatte um veränderte Familien- und Arbeitsstrukturen. Wenn wir uns die Lebenswirklichkeit von Familien anschauen, werden wir nicht umhin kommen, dass wir deren Betreuungsbedarfe anerkennen müssen. Berufstätige Eltern, die ihre Kinder heute in der Kita ganztägig betreuen lassen, haben in den meisten Fällen auch morgen ein Interesse daran, dass ihr schulpflichtiges Kind ganztägig betreut wird. Der schulische Ganztag ist also ein wesentliches Element, um die Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben zu ermöglichen.

Aus liberaler Sicht sollte Ganztagschule aber mehr sein als nur ein Betreuungsangebot. Wir müssen in diesem Zusammenhang eine Debatte zur Bildungsqualität und zu Bildungschancen führen. Und wenn wir Bildung für die Zukunft gestalten wollen, dann braucht es mehr als nur eine Mensa oder zusätzliche Klassenräume. Viel mehr lässt sich aber mit den Finanzhilfen aus Berlin gar nicht realisieren. Wenn wir den Ganztag flächendeckend und verbindlich ausbauen würden, werden wir in Schleswig-Holstein mit zwei großen Herausforderungen konfrontiert sein: Personal zu gewinnen und den Betrieb finanziell abzusichern. Ich denke, dass allen in diesem Hause klar ist: Schon die jetzige Situation ist bei Lehrkräften und Sozialpädagogen dermaßen angespannt, dass eine massive Ausweitung in diesem Bereich kurz- bis mittelfristig kaum möglich sein wird. Doch selbst wenn wir dieses Problem lösen, bleiben dauerhafte Betriebskosten von gut 300 Millionen Euro bei uns in Schleswig-Holstein.

Wenn diese Bundesregierung es ehrlich meint mit dem Rechtsanspruch auf schulischen Ganztag, dann muss diese Bundesregierung den Ländern auch

Eva Grimminger, Pressesprecherin, v.i.S.d.P., FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag,
Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431 / 988 1488, Telefax: 0431 / 988 1497,
E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: <http://www.fdp-fraktion-sh.de>

ausreichend Finanzmittel dafür geben. Die aktuelle Wirtschaftslage durch Corona können wir nicht außer Acht lassen. Aktuell kann keiner von uns dauerhafte Ausgaben in dieser Höhe verantworten. In dem Wissen, dass unsere Grundschüler im bundesweiten Vergleich weniger Unterricht erhalten als andere, haben wir bereits mit unserem Koalitionsvertrag eine sukzessive Anhebung der Wochenstunden vereinbart. Daraus ergibt sich auch eine verbesserte Verlässlichkeit der Betreuung. Und wir dürfen nicht vergessen, dass wir hier über Grundschulkinder sprechen, die noch einen ganz anderen Freizeitbedarf haben.“